



Fürstliche Regierung
Ministerium für Inneres, Wirtschaft und Umwelt
Regierungsgebäude
Peter-Kaiser-Platz 1
Postfach 684
9490 Vaduz

Vaduz, 13. September 2023

Bürgermeisteramt / Roland Ospelt / +423 237 78 12 / roland.ospelt@vaduz.li
Ref.:pmi /roo / Akte: 01.01.05

Stellungnahme zur Abänderung des Volksrechtegesetzes (Motion zur Einführung von fixen Wahl- und Abstimmungssonntagen)

Sehr geehrte Frau Regierungschef-Stellvertreterin

Mit Schreiben vom 11. Juli 2023 lädt die Regierung die Gemeinde Vaduz ein zur Abänderung des Volksrechtegesetzes (Motion zur Einführung von fixen Wahl- und Abstimmungssonntagen) Stellung zu beziehen. Für diese Möglichkeit bedanken wir uns.

Ausgangslage

Liechtenstein kennt bislang kein System von im Voraus bestimmten Wahl- oder Abstimmungsterminen. Mit einer vom Landtag am 1. März 2023 überwiesenen Motion ist die Regierung beauftragt worden, im Rahmen einer Revision des Volksrechtegesetzes entweder die rechtlichen Grundlagen für fixe Wahl- und Abstimmungssonntage zu schaffen oder alternativ eine Anpassung der für Volksabstimmungen geltenden gesetzlichen Fristen vorzunehmen. Die Neuerung soll eine bessere Planbarkeit und Durchführung von Volksabstimmungen ermöglichen.

Stellungnahme

Die Argumente der Regierung sind nachvollziehbar. Mit der Verlängerung der Frist bis zu einem Abstimmungssonntag (neu vier statt drei Monate), sowie der Anpassung der Anzahl Personen in der Wahl- und Abstimmungskommission (und damit gleichzeitig der Stimmenzähler-innen) konnte dem Wunsch der Gemeinden entsprochen werden.

Eine frühzeitige Bekanntgabe allfälliger Termine für Abstimmungen wäre begrüssenswert.

Wir danken der Regierung diese Anregungen der Gemeinde Vaduz, welche der Gemeinderat anlässlich seiner Sitzung vom 12. September 2023 verabschiedet hat, bei der Überarbeitung des Gesetzes zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse

BÜRGERMEISTERAMT



Petra Miescher, Bürgermeisterin

Mail:

- Ministerium für Inneres, Wirtschaft und Umwelt (inneres@regierung.li)